

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Belakowitsch-Jenewein
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen
betreffend Hebammenversorgung in Österreich

Medienbericht vom 27.12.2016:

Kritik an Hebammenmangel in Wien

Die Patientenanwaltschaft warnt vor einem Mangel an Hebammen vor allem in Wien. In manchen Bezirken gibt es keine Hebamme mit einem Kassenvertrag, obwohl es - wenn man früh aus dem Spital entlassen wird - einen Anspruch gibt.

Für viele Wiener Familien bleibt nur eine Wahlhebamme auf eigene Kosten. So ist es auch Sophie Breiner ergangen. Im Februar brachte sie ihr erstes Kind zur Welt. Auf der Suche nach einer Hebamme mit Kassenvertrag bemerkt sie sehr schnell, dass es keine gibt.

„Es gibt ein Suchverfahren. Man gibt seinen Bezirk ein. Und im Abstand von ein paar Kilometern werden dann verschiedene Hebammen angezeigt. Ich habe drei Hebammen angeschrieben und es kam von allen dreien die Rückmeldung, dass sie keine Betreuung für den vierten Bezirk machen“, sagt Breiner im Ö1-Morgenjournal - mehr dazu in oe1.ORF.at.

„Ganz prekäre Situation in Wien“

Wenn eine Frau vor dem vierten Tag nach einer Geburt das Spital verlässt, oder so wie Sophie Breiner eine ambulante Geburt plant, hat sie aber Anspruch auf eine Hebamme. In Wien aber eben nur theoretisch, sagt Marianne Mayer vom Hebammengremium gegenüber Ö1.

„Es ist eine ganz prekäre Situation in Wien. Es ist sogar so extrem, dass in bestimmten Bezirken keine einzige Kassenhebamme da ist, wie in den Bezirken 1 bis 9. Und in den großen Bezirken 13 und 23 findet sich keine Kassenhebamme“, sagt Mayer.

Oft nur Wahlhebamme auf eigene Kosten

Also bleibt für viele nur eine Wahlhebamme auf eigene Kosten. Ein Problem, das seit Jahren verschleppt wird, kritisiert die Wiener Patientenanwältin Sigrid Pilz. Das könne Frauen in gefährliche Situationen bringen.

„Insbesondere benachteiligte Frauen, die vielleicht in engen Wohnungen mit vielleicht noch anderen Kindern und der Familie zurechtkommen müssen, können dann, nachdem sie vielleicht mit einem Kaiserschnitt entlassen wurden, schnell in eine unzumutbare Stress- und Gefährdungssituation kommen“, sagt Pilz.

„Jetzt ordentlich ausbauen“

Generell verlassen Frauen nach der Geburt immer früher das Krankenhaus. Es müsse daher dringend mehr Kassenstellen geben, sagt Mayer. „Deswegen fordern wir als ersten Schritt, dass in jedem der Wiener Bezirke zumindest eine Kassenhebamme vorhanden ist, mit weiterem Ausbau entsprechend der anderen Bundesländer“, so Mayer.

Zumindest eine Verdreifachung fordert Pilz. „Da muss man schlicht und einfach jetzt ordentlich ausbauen. Denn was die Hebamme leistet, für die Wochenbettversorgung zu Hause, das erspart zum Beispiel Wiederaufnahmen im Spital“, sagt Pilz. Breiner stellt sich jedenfalls auf Mehrkosten ein. „Mit 350 bis 400 Euro muss man schon rechnen“, so Breiner.

WGKK: Tarifverhandlungen schon abgeschlossen

Die Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) teilte gegenüber dem Ö1-Morgenjournal schriftlich mit: Es gebe mit Jahresbeginn 18 Hebammen mit Kassenvertrag - also um eine mehr. Die Tarifverhandlungen zwischen dem Hauptverband und dem Hebammengremium seien schon abgeschlossen, es werde zwar mehr Geld geben, wie viele Stellen dazukommen, sei aber noch offen.
<http://wien.orf.at/news/stories/2816801/>

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Gesundheit und Frauen folgende

Anfrage

- 1) Wie schauen die Tarifbestimmungen zwischen den GKKs in den anderen Bundesländern und den Hebammen im konkreten ab 1.1.2017 aus?
- 2) Wie viele Hebammen mit Kassenvertrag gibt es in den anderen Bundesländern per 1.1.2017?
- 3) Wie hat sich die Anzahl der Hebammen mit Kassenvertrag in den Jahren 2010 bis inklusive 2016 in den anderen Bundesländern entwickelt?
- 4) Wie viele Hebammen mit Kassenvertrag müsste es für die anderen Bundesländer jeweils geben, um von einer ausreichen den Versorgung auszugehen?
- 5) Wie viele Hebammen ohne Kassenvertrag gibt es in den anderen Bundesländern per 1.1.2017?

The image shows five handwritten signatures in black ink, arranged in two rows. The top row contains two signatures, and the bottom row contains three. The signatures are stylized and difficult to read, but they appear to be the names of the members who submitted the inquiry.

